

## **Plenarprotokoll der 112. Sitzung des nordrhein-westfälischen Landtags am 28.1.2009**

Tagesordnungspunkt 2

### **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009, Drucksachen 14/7000, 14/7900)**

In Verbindung mit:

### **Finanzplanung 2008 bis 2012 mit Finanzbericht 2009 des Landes Nordrhein-Westfalen (Drucksache 14/7001)**

Sowie:

### **Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2009 (Drucksachen 14/7002, 14/7900)**

zweite Lesung

### **Gemeindefinanzierungsgesetz**

**Horst Becker** (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten schon heute Morgen im Rahmen der Debatte zum Dritten Nachtragshaushaltsgesetz 2008, aber auch in den letzten Jahren die Gelegenheit, die gleiche Debatte zu führen, die wir dieses Jahr zum Haushalt 2009 zu führen haben.

Die Zuhörer fragen sich vielleicht, wie es zu so unterschiedlichen Beschreibungen kommen kann. Diese sind sehr einfach möglich. Wenn die einen beschreiben, dass es in absoluten Zahlen etwas mehr Geld für die Kommunen gibt, und die anderen kritisieren, dass den Kommunen anteilmäßig nicht das gegeben wird, was ihnen zusteht, dann kommt es zu einer solchen Diskrepanz, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Diese Anteile sind natürlich nicht das, was man gemeinhin mit Peanuts bezeichnet, sondern ganz massive Beträge.

Ich will zunächst feststellen, dass wir uns die Mühe gemacht haben, einmal auszurechnen, wie viel den Kommunen nach dem alten GFG, das Sie übernommen haben, zugewiesen worden wäre und wie viel Sie den Kommunen jetzt überweisen. Dazwischen besteht eine interessante Diskrepanz. Sie passt ziemlich genau mit dem überein, was wir in den letzten Jahren immer wieder deutlich gemacht haben, als wir Ihnen gesagt haben, dass Sie den Kommunen strukturell 1,2 Milliarden € entzogen haben. Tatsächlich sind es sogar 1,3 Milliarden €, Herr Löttgen. Statt 8,2 Milliarden € bekommen sie nämlich nur noch 6,9 Milliarden €. Das ist ein wichtiger Fakt. Sie sollten auch nicht immer darum herumreden und so tun, als ob es ihn nicht gäbe.

Ich stelle also zunächst einmal fest: Wäre weiter nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG – verfahren worden, das Sie bei Ihrem Regierungsantritt übernommen haben, wäre heute jede einzelne Kommune in Nordrhein-Westfalen deutlich besser gestellt – in der Summe um 1,3 Milliarden €

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist aber noch nicht die ganze Wahrheit. Damit wir die Ausgangslage weiter verklären und nicht immer wieder mit Nebel verunklären, weise ich darauf hin, dass Sie den Kommunen

zusätzliche Aufgaben aufgebürdet haben und sie zudem in die Situation brachten, dass sie zum Beispiel Elternbeiträge anheben mussten.

Ich will Ihnen das an zwei Punkten nachweisen. Wenn Sie einen Moment lang innehielten und nachdächten, kämen Sie auch selbst schnell zu dem Ergebnis, dass es mindestens eher so ist, wie ich es beschreibe, als so, wie Sie es darstellen. Der eine Punkt, den ich nennen will, betrifft die Versorgungsverwaltung, der andere die Umweltverwaltung. In beiden Fällen gibt es Klagen der Kommunen bzw. der kommunalen Spitzenverbände. Wenn Sie einmal ins Land schauen, werden Sie feststellen, dass es sich bei der Mehrzahl derjenigen, die klagen und Beschwerde über Ihre Politik in Nordrhein-Westfalen führen, um Ihre Parteifreunde handelt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das sind nämlich Ihre Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Ihre Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister. Insofern kann ich es mir an dieser Stelle einfach machen und sagen: Die haben recht. – Ich war im Zweifel, ob ich es erwähnen soll, weil er inzwischen verstorben ist; ich denke aber, dass ich ihm damit kein Unrecht tue: Selbst Herr Erwin hat vor einem Jahr noch gesagt, unter Rot-Grün sei es den Kommunen besser gegangen als unter Ihrer Regierung. Das sollte Ihnen zu denken geben.

(Beifall von GRÜNEN und Markus Töns [SPD])

Meine Damen und Herren, das hat er nicht zufällig gesagt. Das hat er vor dem Hintergrund gesagt, den ich eben beschrieben habe. Auch damit sind wir noch nicht am Ende.

Wir können uns ein weiteres Themenfeld vornehmen, bei dem Sie meiner Meinung nach kommunalfeindlich handeln, um es freundlich zu formulieren. Das ist die Frage der Solidarlast, der Einheitslast. In diesem Fall haben Sie sich von einem Gericht bestätigen lassen müssen, dass Sie Geld zurückzahlen müssen! Sie haben das dann teilweise mit Abschlägen getan. Aber Sie haben es eben nicht in Gänze getan.

Sie machen zurzeit mit dem sogenannten Lenk-Gutachten, übrigens eines Professors aus Leipzig – das ist insofern bezeichnend, weil er eine besondere Haltung zu den Einheitslasten hat – Folgendes: Sie versuchen nachzuweisen, warum sich das Land von den Kommunen mehr Geld holen darf, als es aufgrund des Gerichtsurteils vorübergehend durfte, indem Sie einen fiktiven Einnahmeausfall des Landes im Länderfinanzausgleich geltend machen. Über diesen fiktiven Einnahmeausfall des Landes versuchen Sie zu begründen, warum die Kommunen an diesem fiktiven Einnahmeausfall des Landes zu beteiligen seien.

(Beifall von den GRÜNEN – Sören Link [SPD]: Schwachsinn!)

Mit anderen Worten: Sie greifen im Voraus schon wieder in das Gemeindefinanzierungsgesetz zulasten der Kommunen ein. Dass das kein Zufall ist, und dass das teilweise auch im Kleingedruckten steht, möchte ich Ihnen versuchen, mit einem Zitat nachzuweisen. In § 2 Abs. 1 und 5 heißt es: Es wird bei der Ermittlung der Finanzausgleichsmasse nicht mehr das ermittelte Aufkommen der Gemeinschaftssteuern, bereinigt um die Einnahmen und Ausgaben des Landes, im Länderfinanzausgleich zugrunde gelegt, sondern es wird auf die finanziellen Belastungen des Landes, die aus der Deutschen Einheit entstanden sind, abgestellt.

Das ist genau das, was ich gerade gesagt habe, mit anderen Worten. Das ist der Blankoscheck für die Abrechnung aus dem Jahr 2009, mit dem Sie sich auch da wieder auf Kosten der Kommunen bedienen, und zwar bei den Solidarbeiträgen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das leuchtet mir auch ein. Ich bin ja erst seit 2005 dabei; darauf haben Sie ja eben abgehoben. Doch um Sie zu durchschauen, braucht man nicht sehr lange. Mit der Zeit durchschaut man, was da passiert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie schreiben das so rein, wie Sie es reinschreiben, weil Sie nicht vor der Kommunalwahl erneut in die Kommunalkassen eingreifen wollen, sondern weil Sie sich am Ende des Jahres

über die Abrechnung nach genau der Systematik, die ich Ihnen gerade vorgetragen habe, das von den Kommunen holen wollen, was Ihnen nicht zusteht, so wie Sie es in den letzten drei Jahren auch gemacht haben.

(Beifall von Sigrud Beer [GRÜNE])

Zu den Nothaushaltskommunen! Lassen wir das übliche ideologische Gerede, um es freundlich zu formulieren, des Kollegen Engel einmal außen vor, der hier geradezu programmatisch immer wieder vorträgt, es läge nur am Sparen. Wenn Sie sich einmal mit den Haushalten bestimmter Nothaushaltskommunen beschäftigen, dann werden Sie feststellen, dass sie das unter großen Anstrengungen nicht in 22 Jahren schaffen könnten, sondern wie im Beispiel Oberhausen, würde es den Vorschlägen folgen, die durch die Prüfungen, unter anderem der Gemeindeprüfungsanstalt, vorgenommen worden sind, ungefähr 800 bis 900 Jahre Konsolidierung vor sich hätten. Da kann ich nur sagen: Das ist eine Vergeblichkeitsfalle.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Da muss sich schon einer mit sehr viel Idealismus auf den Weg machen, um vor diesem Hintergrund noch Kommunalpolitik in Oberhausen zu machen, oder man will mit der Wirklichkeit nichts mehr zu tun haben und darf da nur noch wie im Tran sitzen.

Meine Damen und Herren, ich habe ausgeführt, wo wir stehen. Ich sage noch einmal: Sie haben allein in den letzten beiden Jahren den Kommunen über die Veränderung bei der Grunderwerbsteuer 360 Millionen € entzogen. Sie haben den Kommunen alleine bei der Krankenhausfinanzierung über 200 Millionen € entzogen, übrigens ist das eine desaströse Entwicklung für den ländlichen Raum, den Sie sich früher immer so auf die Fahnen geschrieben haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben den Kommunen abverlangt, dass sie Elternbeiträge erhöhen, obwohl auch das dazu führt, dass das Ungleichgewicht zwischen den Eltern in den verschiedenen Kommunen immer größer wird. Und Sie sind weit davon entfernt, das zu sein, was Sie großmündig in Oppositionszeiten verkündet haben, nämlich eine kommunalfreundliche Partei. Es ist noch nie so kommunalfeindlich zugegangen wie in den letzten drei Jahren unter Ihrer Ägide in diesem Haus. – Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das komplette Plenarprotokoll finden Sie unter: <http://www.landtag.nrw.de>